

# Stimmung in den Bezirken zu den Ereignissen vom 17. Juni

22. Juni 1953

Auswertung der Stimmungsberichte aus der Bevölkerung zu den faschistischen Provokationen [Meldung Nr. 22/53]

## Quelle

BStU, MfS, SdM 249, Bl. 123–138.

## Serie

Informationsdienst (Vorformen).

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Bemerkungen

Seitenzählung des Originals beginnt nach S. 7 wieder mit 1.

Insgesamt abgegebene Stellungnahmen: 216

davon positiv: 102

davon negativ: 114

Insgesamt ausgewertete Stellungnahmen: 77

davon positiv: 31

davon negativ: 46

*Positive Stellungnahmen aus dem Gebiet der DDR*

[Name 1, Vorname], Maurer im Gaswerk Wittenberg: »Wenn alle streiken, ich bleibe im Gaswerk, auch wenn ich alleine Kohlen fahren muss, um den Ofen unter Feuer zu halten, denn wenn das Feuer ausgeht, entstehen Millionen Mark Schaden.«

[Name 2, Vorname], parteilos, Vorsitzender des VdGB in Weißen: »Wir werden uns in unserer Arbeit nicht stören lassen und die Aufstellung der Erntepäne zur Durchführung bringen.«

[Name 3], SED, VP-Angehöriger, Hagenow: »Wir müssen der Roten Armee dankbar sein, dass sie uns so tatkräftig unterstützt hat, denn alleine hätten wir der Provokation nicht so schnell ein Ende bereitet.«

Frau [Name 4], Laage, Kreis Güstrow, Hausfrau: »Es ist richtig, dass man den Hauptprovokateur erschossen hat, ganz gleich ob jung oder alt, man müsste noch viel strenger vorgehen.«

[Name 5], VEB Kraftverkehr Wittenberg: »Man kann über die Dummheit dieser Menschen nur den Kopf schütteln und mit allem, was sie angerichtet haben, schaden sie sich selbst und uns allen. Aber die Partei und Regierung wird das gesteckte Ziel schon erreichen.«

Die BPO Sprengstofflager München bei Bad Berka leitete eine Protestresolution an die SED-Kreisleitung Weimar Land: »Die BPO des Sprengstofflagers München bei Bad Berka fordert die härteste Bestrafung der Abenteurer ausländischer und westlicher Agenten und ihrer Trabanten, die sich gegen die Maßnahmen und Beschlüsse unserer Regierung gestellt haben.«

Kollege [Name 6], Tannroda, Kreis Weimar, 71 Jahre alt, verurteilte als Angestellter der Sparkasse die Ausschweifungen der Provokateure auf das Schärfste.

Kollege [Name 7], Tannroda, Kreis Weimar, ist ebenfalls nicht mit den Vorfällen in Berlin und anderen Städten der DDR einverstanden und heißt es für richtig, wenn die Provokateure erschossen werden.

LPG-Vorsitzender Fritz Jäger, ca. 50 Jahre alt, Mitglied der DBD, ehemaliger Nazi, Bürgermeister von Gotha-Siebleben, brachte anlässlich des Tages der Bereitschaft auf der MTS Wandersleben in seiner Diskussion zum Ausdruck: »Ich kann eigentlich nicht verstehen, warum die Arbeiter streiken, sie kämpfen doch gegen ihre eigene Klasse und unterstützen damit die kapitalistischen Elemente.«

Staatsanwalt Schulze, Walter, ca. 36 Jahre alt, Mitglied der SED, wohnhaft Erfurt: »Diese Banditen haben sich gründlichst verrechnet, wenn sie glauben die Regierung zu stürzen, ich freue mich schon, wenn die Gauner, die jetzt einsitzen, der Staatsanwaltschaft übergeben werden.«

[Vorname Name 8], Handformer, Werk 1 der GUS Ueckermünde,<sup>1</sup> SED: »Endlich haben unsere Machtorgane denen (gemeint ist der Westen) mal eine gehörige Abfuhr erteilt, genau so, wie wir nicht unsere Maschinen entzwei[ge]schlagen hätten, so haben auch die streikenden Bauarbeiter ihre Bauten nicht entzweigeschlagen und angesteckt, das sind immer die Rowdys von drüben.«

[Vorname Name 9], Malchin: »Die Unruhen in Berlin und DDR sind planmäßig organisiert gewesen, sonst könnten die Unruhestifter ja nicht überall zur gleichen Zeit anfangen.«

[Name 10], Former, GUS Ueckermünde, parteilos: »Uns hätte man doch ruhig nachts arbeiten lassen können, dass es sich wohl nicht um die GUS handelt, sondern hauptsächlich um das Objekt, aber hoffentlich wird der Ausnahmezustand bald aufgehoben, damit wir wieder nachts arbeiten können, das ist doch nur unnötiger Produktionsausfall.«

Der dänische Kapitän [Name 11] vom Schiff Teddy, welches zurzeit im Hafen von Rostock liegt, äußerte <sup>2</sup>, dass die neuen Verordnungen <sup>3</sup> für die DDR doch bestimmt gut wären und sie als Seeleute doch auch ihren Vorteil davon hätten.

[Vorname Name 12], 45 Jahre, Hausfrau, DSF, Kreis Malchin: »Es ist eine Schande für uns Deutsche, dass es Menschen gibt, die sich auf so etwas überhaupt einlassen, wenn man das Jahr 1945 nicht vergessen hat, kann man sich zu solchen hässlichen Handlungen gar nicht hergeben, diese Rowdys müsste man an die Wand stellen. Ein Glück, dass die Rote Armee noch da ist. Das Otto Nuschke wieder frei ist,<sup>4</sup> ist ein Glück, solche Menschen brauchen wir doch noch. Der Ausnahmezustand ist mal eine Notwendigkeit, er wird ja wohl uns nicht lange anhalten.«

Werner Brueshaver, Leiter der BHG Bristow, Kreis Teterow, parteilos: »Ich habe die Aufrufe im Radio gehört und man muss sagen, dass der Amerikaner versucht, uns mit aller Gewalt zu stören. Er soll dem Volk drüben lieber Arbeit geben und uns nicht das kaputthauen, was wir mühselig aufgebaut haben. Wenn nicht die Russen eingegriffen hätten, wäre das große Blutvergießen schon wieder da.«

Die Frau des Arztes Dr. [Name 13] aus [Ort im Kreis Grevesmühlen] machte folgende Äußerungen: »Ich habe den letzten Krieg mitgemacht und habe alles verloren. Ich würde heute meine ganze Kraft für den Frieden einsetzen. Die Sowjetunion darf sich nicht zurückziehen, damit wir kein zweites Korea bekommen.«

[Vorname Name 14], SED, diskutiert wie folgt: »Jetzt wo es in Berlin etwas brenzlich wurde, konnte man sehen, wie verschiedene SED-Mitglieder jetzt wirklich zu uns stehen. Ich machte die Feststellung, dass z. B. einige Genossen ihr Parteiabzeichen abgenommen hatten, obwohl sie es vorher immer getragen haben, in so einer Situation kann man dann wirklich sehen, wer zu uns steht und es wirklich ehrlich meint.«

Die Sportler der BSG Motor Volkswerft Stralsund verfassten eine Resolution, in der zum Ausdruck kommt, dass sie auf das Schärfste die Provokateure, die im Auftrag des Imperialismus versuchten, die Ordnung in unserer Republik zu stören, verurteilen. Sie fordern die strengste Bestrafung der Provokateure, sie rufen weiterhin die Bevölkerung Stralsunds darin auf, sofort für Ruhe und Sicherheit zu sorgen, je schneller wir uns alle für eine mustergültige Ordnung und einen ungehinderten Ablauf der Produktion in den Betrieben einsetzen. [sic!] In einer Resolution der Kollegen der E-Werkstatt der Volkswerft kommt Folgendes zum Ausdruck, sie verurteilten auf das Schärfste die Provokateure und betonen, dass sie jetzt noch festeres Vertrauen zu unserer Regierung haben. Sie fordern aber darin, dass sie in Zukunft gehört werden und dass ihre gerechten Forderungen erfüllt werden. Sie erklären sich bereit, ihre Arbeitsstätten gegen jegliche Zerstörung zu schützen.

[Vorname Name 15], Waren: »Bei der Heraufsetzung der Norm um zehn Prozent ist man zu bürokratisch vorgegangen. <sup>5</sup> Man hat den Arbeitern die zehn Prozent einfach vorgelegt und nicht mit ihnen darüber gesprochen. Einen großen Teil der Schuld gebe ich den SED-Grundeinheiten und den Kreisverwaltungen, die dem ZK schmeichelhafte Berichte erstattet haben, in denen Normerfüllung bis zu 260 % und darüber hinaus zu ersehen sind.«

[Vorname Name 16], Waren, Eisenwerk: »Ich benötige einen Berechtigungsschein, damit die Produktion nicht stillsteht. <sup>6</sup> Ich werde zu dem sowjetischen Kommandanten gehen und ihm die Sache klarlegen, ich bin der festen Überzeugung, dass der sowjetische Kommandant eine Ausnahme macht, wenn ich ihm die tatsächlichen Dinge anzeige, denn die Freunde haben für diese Sache manchmal ein besseres Verständnis wie die Deutschen.«

Volkseigene MTS Prenzlau: »Die Maßnahmen unserer Regierung infolge der von den westlichen Agenten hervorgerufenen Provokation in Berlin werden von unseren Kollegen Traktoristen begrüßt. Die Kollegen gehen ruhig an ihre Arbeit. Die Diskussionen sind durchaus positiv und die Kollegen freuen sich, in kürzester Zeit eine spürbare Verbesserung in ihrer Lebenshaltung verzeichnen zu können. Mit ganz besonderer Sorgfalt haben die Kollegen gestern den Erntekampfplan zur restlosen Einbringung der Ernte durchgesprochen und angenommen. Die Maßnahmen des Ausnahmezustandes durch die sowjetische Kreiskommandantur wird mit Verständnis entgegengenommen.«

Gemeinde Leizen, Kreis Röbel: Die Bauern der Gemeinde Leizen haben zur weiteren Festigung unserer gesamten Volkswirtschaft Zusatzverpflichtungen übernommen, dadurch werden 14 Schweine, 8 000 Ltr. Milch und 1 200 Eier der Volksernährung zusätzlich zugeführt.

Kaufmann [Name 17, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1908, wohnhaft Weißwasser, [Straße Nr.], beschäftigt bei dem Privatbetrieb Bresag <sup>7</sup> in Weißwasser, sagte: »Ich verurteile diese Sache, da unsere Regierung die Verordnung zurückgenommen und dadurch nur das Volkseigentum zerschlagen wird und wir alle geschädigt werden. Die Agenten und Rädelsführer müssen bestraft werden.«

[Vorname Name 18], ca. 30 Jahre alt, wohnhaft in Lübben, beschäftigt im Konsum als Angestellter, sagt Folgendes: »Der Streik der Arbeiter ist berechtigt, nur nicht in solchen Ausschreitungen, wie es geschehen ist, dass man Transparente umreißt und so weiter, man hätte müssen ein Streikkomitee bilden und sich mit dem FDGB in Verbindung setzen.« Über das Einschreiten der Roten Armee sagt er, dass diese, da die Polizei nicht alleine [dazu] in der Lage war, den Aufstand zu unterdrücken, berechtigt ist.

Stahl- und Walzwerk »Wilhelm Florin« in Hennigsdorf: Die Mehrzahl der Arbeiter bringt zum Ausdruck, dass sie mit der Normbewegung vom 1.1.1953<sup>8</sup> nicht einverstanden ist. Sie weisen darauf hin, dass die Normen in kurzen Abständen mehrmals erhöht wurden und unterstrichen, dass dies auf freiwilliger Grundlage geschah. Zu diesen freiwilligen Verpflichtungen erklärten einige Arbeiter, dass ihnen von Gewerkschaftsfunktionären nahegelegt wurde, die Normen freiwillig zu erhöhen mit folgender Begründung: »Erhöht die Normen lieber freiwillig um 8 bis 10 %, sonst drücken sie euch von oben eine noch höhere auf.«

Die Bedeutung der Erhöhung der Arbeitsnormen wurde besonders den Parteilosen zu wenig erklärt und erläutert. Viele Parteilose brachten zum Ausdruck, dass die Parteiorganisation viel zu viel hinter verschlossenen Türen verhandelt und die Arbeiter von ihren Beschlüssen nichts erfahren. Ein Beweis, dass die Arbeit mit den Parteilosen seitens der Parteiorganisationen sträflich vernachlässigt worden ist.

Gleichzeitig mit den Normenerhöhungen wurden Veränderungen in den Lohngruppen vorgenommen, bei denen Arbeiter bis zu 250 DM weniger Monatsgehalt erhielten. Diese Maßnahmen in Verbindung mit Mängeln in der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern führten zu großen Misstimmungen. Hierbei muss festgestellt werden, dass vonseiten der FDJ unter den jungen Arbeitern fast überhaupt nicht politisch gearbeitet wurde.

Die Mehrzahl der Arbeiter hat sich [davon] überzeugt, dass der Streik von faschistischen Elementen seit langer Zeit vorbereitet war. Sie äußerten, dass am Abend vorher noch kein Wort von einem Streik gesprochen wurde. Viele Arbeiter betonten, dass, wäre der Beschluss des Politbüros über die Neuregelung der Normenfrage am Morgen rechtzeitig bekannt geworden,<sup>9</sup> ein großer Teil Arbeiter nicht mitmarschiert wäre. Der Beschluss aber wurde erst bekannt gegeben, nachdem bereits große Teile der Werkstätigen das Werkgelände demonstrativ verlassen hatten. Hierzu muss man feststellen, dass die leitenden Genossen der Parteiorganisation des Werkes von den zentralen Stellen der Partei nicht rechtzeitig über diesen Beschluss informiert wurden. Die zahlreichen von uns durchgeführten Diskussionen mit den Arbeitern ergaben, dass die Mehrzahl der Arbeiter sich heute scharf von den faschistischen Provokationen distanziert. Vereinzelt tauchen noch Gerüchte auf, in denen freie Wahlen usw. gefordert werden.

Die Arbeiterin Frau [Name 19] erklärte zu den Provokationen: »Die Banditen wollen wieder einen neuen Krieg anzetteln und uns das zerstören, was wir uns durch unsere Hände Arbeit geschaffen haben. Dafür muss man ihnen tüchtig auf die Finger klopfen.«

Die Stimmung der Angehörigen der Deutschen Grenzpolizei ist im Allgemeinen als gut zu bezeichnen. Die Genossen aller Dienststellen bringen in ihren Diskussionen und Stellungnahmen zu den Ereignissen klar zum Ausdruck, dass sie einsatzbereit sind.

ZS,<sup>10</sup> Groß Glienicke: Alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere haben sich pflichtbewusst und treu zur Partei und Regierung verhalten. Es hat sich gezeigt, dass die Genossen unter schwierigsten Bedingungen alle Anschläge unserer Feinde zurückgewiesen haben. Durch gute Wachsamkeit und schnelles Handeln konnten einige Provokateure und Rädelsführer festgenommen werden.

GPS Rostock: Die Genossen [Name 20] und [Name 21] erklärten: »Mit ihrem Tag X<sup>11</sup> haben sich diese Banditen aber gewaltig verrechnet. Wir werden ihnen schon zeigen, was es heißt, gegen die Interessen des Volkes zu handeln. Für uns kommt es jetzt darauf an, eine feste und straffe Disziplin bei der verstärkten Grenzbewachung zu üben.«

GPB Blankenfelde: »Die Stimmung aller Genossen ist gut und kampfbereit. Sechs Soldaten baten um Aufnahme als Kandidaten in die Partei.«

#### *Negative Stellungnahmen*

[Name 22], Elektriker, wohnhaft in Stralsund: »Am Montag wird der Streik erst richtig losgehen, die Forderungen sind: Entlassung der Inhaftierten, der Provokateure und zu hohes Gehalt der VP. Wenn dieses Ziel erreicht ist, wird der Streik beendet sein.«

[Name 23, Vorname], beschäftigt im Kreisbauhof Rostock, vorbestraft wegen Diebstahl am Volkseigentum: »Euch werden noch die Augen aufgehen, jetzt geht es richtig los, wir wissen schon was und wie wir es zu machen haben.«

[Name 24, Vorname], Ulm, berichtet, dass die LPG-Bauern in Heiligenthal sich weigern, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die Aufwiegler davon sind DBD-Mitglieder.

Feuerberg, Vorsitzender der LPG »1. Mai« in Heiligenthal, Kreis Hettstedt, berichtet, dass 70 LPG-Mitglieder aus der LPG austreten wollten. Wenn auch gestern noch die Diskussion so stand, dass man wieder voll arbeiten wollte, wenn die Inhaftierten zurück sind, so wird dies heute nicht mehr in den Vordergrund gestellt und so gut wie überhaupt nicht mehr erwähnt. Aber es kann auch nur Schein sein, weil die Ruhe auf einmal zu sehr auffällt.

[Name 25, Vorname], Weißenfels, [Straße Nr.]: »Was ist das für eine Zeit? Weißenfels steht auf dem Kopf, wir haben Ausnahmezustand. Am Mittwoch streikten viele Betriebe, man marschierte zum Rathaus und warf Bilder, Bücher usw. zum Fenster hinaus, dann ging es zum Gefängnis, an den großen Toren wurde gestoßen und gehämmert, doch sie wankten nicht. Nach langer Zeit hatten sich die örtlichen Behörden von dem Schreck erholt. Allerdings waren sie nicht allein im Stande, Herr der Lage zu werden, und holten die Russen. Inzwischen kamen Lastwagen mit bewaffneten Russen und VP, die Straßen wurden geräumt und von 21.00 bis 4.00 Uhr Sperre. Von Berlin hört man auch ganz schlimme Sachen. Hoffentlich waren die Opfer nicht vergebens. Man war ja auf eine starke Reaktion gar nicht gefasst.«

[Vorname Name 26], Leuna, [Straße Nr.], schreibt an [Vorname Name 27], Mühlberg/Elbe, [Adresse], Folgendes: »Aber bei uns ist so viel Aufregendes geschehen, dass ich nie dazu kam. Gestern waren hier viele Demonstranten der Arbeiter von Leuna und Bunawerk [sic!]. Sie haben das Gefängnis in Merseburg gestürmt und alle politischen Gefangenen herausgeholt. Darunter waren 12-jährige Kinder. Auch das Volkspolizeiamt in Merseburg wurde ausgeräumt. Am Nachmittag kam russisches Militär mit Maschinengewehren und Panzern und schuf wieder Ruhe. Heute Nacht sind viele Leute verhaftet worden und jetzt ist Ausnahmezustand. In Halle ist es viel schlimmer gewesen, dort ist ein Funktionär am Laternenpfahl aufgehängt und ein Volkspolizist erschlagen worden. Hat man bei Ihnen etwas von dem allen gemerkt.«

[Name 28, Vorname], Ludwigslust, [Straße]: Das Aufstellen sowjetischer Panzer verängstigt nur die Bevölkerung. Es ist falsch, den Ausnahmezustand auch in der Republik einzuführen und die Leute nachts nicht auf die Straße zu lassen.

[Name 29], Schwerin, Großer Moor, Beerdigungsinstitut, SED: »Ich freue mich über den Streik, denn so ging es nicht mehr weiter. Es wird noch einmal ein großer Streik kommen, wo der Amerikaner mit eingreift.«

[Name 30, Vorname], 23 Jahre alt, kaufmännische Angestellte, Fliesenwerk Boizenburg: »Ich bin nicht damit einverstanden, dass Götting durch ein Militärgericht zum Tode verurteilt wurde.<sup>12</sup> Die Toten in Berlin sind alle durch die Rote Armee verurteilt bzw. verursacht worden.«

[Name 31], VP Schwerin: »Die vom MfS gehen ihrer gerechten Strafe entgegen. Sie müssten nun als Pferdeknechte auf die Dörfer geschickt werden, denn mit unserer Regierung ist es jetzt zu Ende.«

[Name 32, Vorname], parteilos, Vorschlosser, VEB Zellwolle, Wittenberge: »In Berlin geht alles durcheinander. Das Volk verlangt die Absetzung der Regierung und Freie Wahlen. Die Kommunisten werden alle vor die Hunde gehen.«

[Name 33, Vorname], Maurer im Gaswerk Wittenberge: »Wenn alle streiken, ich bleibe im Gaswerk.« (Positiv)

[Name 34, Vorname], Teterow: Die Bauern sind empört wegen der Festnahmen der VdgB-Angehörigen Rauchstein und Sass. [Name 33] sagte: »Durch die Verhaftung der beiden Genannten ist die ganze VdgB zerschlagen.«

Apparatebau Teterow: Hier kam es am 18.6.1953, morgens 6.00 Uhr, zu einer Arbeitsniederlegung, die folgenden Grund hatte: Vier Kollegen machten eine Arbeitsbesprechung. Sie wurden von dem VP-Posten auseinandergesprenzt und darauf hingewiesen, dass sich nicht mehr als drei Personen zusammenfinden dürfen wegen des Ausnahmezustandes. Der VP-Posten, der in diesem Werk zum Schutz aufgestellt war, ließ sich nicht bewegen, seinen Standpunkt zu ändern und drohte mit der Waffe. Da legten die Arbeiter ihre Arbeit nieder. Der inzwischen informierte Leiter des VPKA fuhr sofort hin und regelte dies Missverständnis.

[Name 35, Vorname], Gastwirt, Koserow, Kreis Anklam: »Wegen der beiden Rosenbergs<sup>13</sup> macht man so ein großes Geschrei. Ein Deutscher wird ohne Weiteres an die Mauer gestellt und erschossen. Die Vorkommnisse in Berlin schiebt man westlichen Agenten in die Schuhe. Wie ist [es] aber in Strasburg, Eggesin und Torgelow und in noch anderen Städten, die nicht an der Sektorengrenze liegen.«

[Name 36, Vorname], Lehrer, Bargischow, Kreis. Anklam: »Das Feuer in Berlin hat man ausgetreten. Es schwehlt aber insgeheim und wartet nur auf eine günstige Gelegenheit.«

[Name 37, Vorname], Oberbauleiter, Flugplatz Trollenhagen, Neubrandenburg: Alle, die das Abzeichen tragen, tun nichts und spitzeln zwischen den Arbeitern herum. Einerseits gibt das Politbüro der SED, auf der anderen Seite nimmt sie wieder weg. In Berlin wird mit Recht gestreikt. Die SED soll verschwinden und die Regierung gestürzt werden.

[Name 38], Deutsch-Sowjetische Freundschaft<sup>14</sup> Neubrandenburg: [Name 37] hielt einen Arbeiter an mit der Äußerung: »Willst du nicht streiken, in Berlin streiken doch alle.« Er erhielt als Antwort: »Was geht mich Berlin an, ich wohne in Neubrandenburg.« Darauf sagte [Name 37]: »Wenn die Russen nicht dazwischen gekommen wären, hätten sie die paar aus der Regierung herausgeholt und wir hätten die Einheit Deutschlands.«

Jatznick, Kreis Pasewalk: In der Gemeinde Jatznick wurden Hetzschriften mit folgendem Inhalt an die Wände geschrieben: »Hoch lebe die Republik, wo ist Wilhelm Pieck?«,<sup>15</sup> »Marmelade wird billiger,<sup>16</sup> Brot wird teurer«. »Gebt die Geschwister Kundert, Lehrer Blank und das Ehepaar Brinkmeier frei.« An der Schule war ein Galgen gezeichnet, eine Figur daran gemalt und darunter der Name des bisherigen Schulleiters Ortman geschrieben und ihm gute Reise gewünscht.<sup>17</sup>

[Name 39], Bau-Union Nord-Ost, Prenzlau: »Macht, dass ihr hinauskommt, hier habt ihr nichts zu suchen, äußerte er zu dem Hptwm.

[Name 40] und drei freiwilligen Helfern. Ihr Lumpen macht euch fort, in Berlin hat die VP auf Arbeiter geschossen. Grotewohl und Ulbricht sollen sich die Brust waschen und fertig machen zum Erschießen. Weiterhin äußerte er, wenn du nicht machst, dass du fortkommst, bekommst du die Flasche auf den Kopf. Packt nur ein, denn jetzt kommt es anders.«

Baustelle Kühlhaus, Neustrelitz: Ein Arbeiter der Baustelle wurde vom Polier aufgefordert, Kalk für die Mauer vorzubereiten. Er nahm diese Aufforderung zum Anlass, dem Polier ins Gesicht zu schlagen.

Konsum-Gaststätte in Schönfeld: Zwei Zimmerleute haben in der Konsum-Gaststätte die Bilder von Grotewohl und Ulbricht von der Wand abgenommen und hinter den Ofen gestellt. Außerdem haben sie ein Plakat über die VP-Werbung abgerissen. Zu einigen dort weilenden Arbeitern, die wieder zur Arbeit gehen wollten, äußerten sie sich: »Wenn ihr jetzt zur Arbeit geht, dann braucht ihr morgen nicht wiederkommen.«

MTS Falkenwalde, Prenzlau: Die Belegschaft der MTS legte im Anschluss der Mittagspause ihre Arbeit nieder. Sie begründeten es damit, dass der Ausnahmezustand aufgehoben werden soll, denn sie seien doch keine Verbrecher. Die Deutschen können selber Ruhe und Ordnung halten und brauchten hierzu nicht die Sowjetmacht.

[Name 41], Händler in Neustrelitz, [Straße]: Stand vor einem Plakat des Aufrufes »Ausnahmezustand« und schimpfte »Es ist eine große Schweinerei, dass wir uns so etwas gefallen lassen müssen. Wir als Deutsche, was man mit uns macht.«

[Name 42, Vorname], Putzer, Eisenwerk Waren: »Die Arbeiter haben den Mund aufgetan und damit zur gleichen Zeit dem Politbüro die Augen geöffnet. Die Provokation in Berlin war richtig, denn sonst hätte man dem Politbüro immer mehr die Augen verkittet und verschleiert.«

[Name 43, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1911 in Demitz, zzt. Frankfurt: »Kollegen, jetzt nicht aufhören, es geht erst los. Fordert Rücktritt der Regierung und Bestrafung der schuldigen Minister.« (Der [Name 42] hat aktiv an der Demonstration in Fürstenberg teilgenommen.) Betriebsparteiorganisation Egermühle, Kreis Freital:<sup>18</sup> Die Stimmung der Belegschaft einschließlich der Parteimitglieder ist gereizt, negative Einstellungen sind gegen die Partei und die Regierung vorhanden: »Der Rücktritt der Regierung ist notwendig, auch Walter Ulbricht muss seine Konsequenzen ziehen.«

In der Stadt Dresden: Ein verhältnismäßig großer Teil der Bevölkerung sieht nicht die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen. Die Panzer wären nicht notwendig gewesen. Es ergab sich eine verstärkte Antisowjethetze.

[Name 44], Großbauer, 55 Jahre alt, wohnhaft Mühlberg, Kreis Gotha: »Jeder Erfasser, der jetzt kommt, wird zum Dorf hinausgejagt und zusammengeschlagen. Die LPG wird mit Knüppeln zum Dorf hinausgetrieben, der Vorsitzende der LPG und der Sekretär werden zuerst aufgehängt.«

[Name 45], Brigadier, VEB Kautas,<sup>19</sup> Gotha, Abt. Galander: »Man müsste eigentlich wieder streiken, denn das ist doch alles nur Gerede, dass die Ausschreitungen durch Provokateure kommen. Das war im Gegenteil die wahre Meinung der Arbeiter. Lieber nicht weiterleben, als unter der Bedingung weiterarbeiten.«

[Vorname Name 46], Großbauer, ca. 51 Jahre alt, wohnhaft: Merxleben, Kreis Langensalza, am 20.6. aus der Haft entlassen: »Mich haben die Leute mit Blumen empfangen, auch in Merxleben habe ich 90 % der Einwohner hinter mir. Das was jetzt ist, ist erst der Anfang, und jetzt fangen wir erst an.«

[Name 47, Vorname], geb. 1904, wohnhaft Eisenach, [Straße Nr.], tätig im EMW auf dem Stahlhof, parteilos, ehemals SA: »Die Vorgänge in Berlin waren eine gemachte Sache der Regierung der DDR, um sie für irgendwelche Zwecke zu benutzen, so wie ungefähr der Reichstagsbrand unter Hitler.«

[Vorname Name 48], Reichsbahnarbeiter, Mitglied der SED, wohnhaft Erfurt: »Warum trägst du (gemeint war der Pionierleiter [Name 49]) noch dein blaues Hemd, in vier Tagen wird es dir heruntergerissen. Es müssen dabei sowieso noch einige über das Messer springen.«

Kreis Sondershausen: Die HV der Deutschen Grenzpolizei berichtet, dass sich der Sekretär der SED in der Gemeinde Immenrode, Kreis Sondershausen, äußerte: »Ich mach den Dienst nicht mehr mit, sondern gehe nach Hause. In den Gemeinden Oberspier und Großbrüchter zeigten die Bürgermeister durch ihr Verhalten schwach entwickeltes Staatsbewusstsein.«

Friseur [Name 50] aus Blankenstein: »Warum hat [sic!] sich denn Grotewohl und Ulbricht vor dem Volke versteckt, sie hätten als Volksregierung an Ort und Stelle sprechen müssen. Wenn die Regierung solche Fehler gemacht hat, muss sie abtreten und man muss eine neue wählen.«

In Diskussionen der Ortsbevölkerung von Hennigsdorf kommt zum Ausdruck, dass man beabsichtigt, am Montag die festgenommenen Provokateure zu befreien.

[Name 51, Vorname], Volkswerft Stralsund: »Einige Kollegen wurden vorgestern und gestern eingesperrt, wenn diese nicht rauskommen, dann streiken wir nächste Woche wieder aber mit mehr Rabatz als am Donnerstag.«

[Name 52, Vorname], Volkswerft Stralsund: »Was gestern gemacht wurde mit dem Anrücken der Russen, das kann nie wiedergutmacht werden. Das war gestern noch nicht das letzte Mal. Jetzt muss es noch kommen, dass man die Mitgliedsbücher des FDGB und der SED öffentlich verbrennt. Ich wollte es gestern schon ausrufen.«

[Name 53, Vorname], HO-Verkäuferin: »Es ist eine Gemeinheit und Schweinerei, dass die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wenn die den Streik nicht durchhalten, können wir nie zur Einigung kommen. Wir hätten auch streiken müssen, aber es sind immer welche drunter, die nicht mitmachen.«

Der Vorsitzende der VdgB (BHG) aus der Gemeinde Merzdorf wurde am 19.6.1953 abends durch eine unbekannte Person aufgefordert, einen Bauernaufstand in der Gemeinde durchzuführen. Desgleichen sollte er den Bürgermeister verdreschen und das Gemeindeamt zertrümmern.

In Oppelhain<sup>20</sup> schlug der Mittelbauer [Name 54] den Schiffervater<sup>21</sup> des Vorsitzenden der LPG Oppelhain die Peitsche um die Ohren und äußerte sich: »Soweit kommt es noch, dass ihr uns unsere Pferde anfassen könnt. Diese Zeiten sind vorbei und bald werdet ihr aufgelöst«. Frau [Name 55], ehemaliges Mitglied der NSDAP, wohnhaft Lindenau: »Das ist noch gar nichts gewesen, die Arbeiter hätten ihre Arbeit nicht nur einen Tag niederlegen müssen, sondern sie müssten heute noch streiken, denn es ist schon lange an der Zeit, dass man endlich den hohen Herren das hohe Gehalt vom Buckel schlägt.«

Die Arbeiter der Bau-Union Cottbus in Schönefeld äußerten sich: »Jetzt könnt ihr bald eure Uniform ausziehen (gemeint ist die Grenzpolizei), denn es geht bald wieder weiter mit dem Streik. Der Grund ist die Verhaftung von Kollegen durch die Staatsorgane.« In Benneckenstein fehlt es an Kartoffeln, Kohle und Fett. Die Erholungsheime müssen in Kürze schließen, wenn nicht schnellstens die Lebensmittel herangeschafft werden (Bericht der Grenzpolizei).

Soldat [Name 56], Kdo. Schildow: »Die Panzer haben Frauen und Kinder überfahren und die Versorgung der Bevölkerung wäre viel besser, wenn die Freunde nicht in Deutschland wären.«

1

Gemeint ist der zur VVB Guss- und Schmiedeerzeugnisse (GUS) gehörende VEB Gießerei Ueckermünde.

2

Nachfolgendes funktionsloses »sich« nicht wiedergegeben.

3

Gemeint sind die Verordnungen, die im Zusammenhang mit der Ausrufung des »Neuen Kurses« am 11.6.1953 erlassen wurden. Dadurch sollten insbesondere geflüchtete ehemalige Bauern und Gewerbetreibende durch das Versprechen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden und ihren Besitz zurückzuerhalten, veranlasst werden, in die DDR zurückzukehren. Vgl. Communiqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953 und entsprechende Verordnungen. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.6.1953, S. 1.

4

Der Dienstwagen von Otto Nuschke, stellv. Ministerpräsident und Vorsitzender der Ost- CDU, wurde am 17. Juni 1953 von Demonstranten in der Mühlenstraße an der Oberbaumbrücke (Berlin-Friedrichshain) gestoppt und nach Berlin-Kreuzberg in den amerikanischen Sektor abgedrängt. Dort wurde Nuschke von der Westberliner Polizei in Sicherheit gebracht. Am 19. Juni kehrte er nach Ostberlin zurück. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 133 f. Zeitgenössische Berichtsquellen: [www.17juni53.de](http://www.17juni53.de) (7.5.2012).

5

Die allgemeine Normenerhöhung basierte auf einem Beschluss der 13. ZK-Tagung am 13./14.5.1953, der durch den Beschluss des Ministerrates über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 28.5.1953 umgesetzt wurde. In: GBL 1953, S. 781–783. Hier wurde eine generelle Normenerhöhung »um mindestens 10 % bis zum 30. Juni 1953« festgelegt.

6

Vermutlich ging es hier um eine Ausnahmeregelung für die Arbeiter der Spät- und Nachtschicht bezüglich der wegen des Ausnahmezustandes geltenden Sperrstunde.

7

Wahrscheinlich Bresagk.

8

Korrekt Normenbewegung. Im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1953 wurden von der SED die Einführung höherer »technisch begründeter Normen« (TAN) bzw. überhaupt »freiwillige« Normenerhöhungen propagiert, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Diese Kampagne wurde in Form von (vermeintlichen) Basisinitiativen als »Bewegung« inszeniert.

9

Nachfolgendes funktionsloses »dann« nicht wiedergegeben.

10

Auflösung unklar, eventuell ist hier ein zentraler Stab bei der Grenzpolizei-Bereitschaft Groß Glienicke gemeint.

11

Mit »Tag X« wurde im offiziellen DDR-Sprachgebrauch rückblickend der 17. Juni bezeichnet. Bereits am 19.6.1953 verwendete das SED-Zentralorgan diesen Begriff in einem Leitartikel (ND, Berliner Ausgabe, v. 19.6.1953, S. 1). Damit sollte ausgedrückt werden, dass es sich um einen vom Westen aus geplanten Umsturzversuch (»faschistischer Putschversuch«) gehandelt habe. Ursprünglich stammte der Begriff

aus dem Westen und wurde, vor allem bei den Institutionen und Organisationen, die sich mit Wiedervereinigungsfragen und »Ostarbeit« befassten, für den Tag der Wiedervereinigung verwendet. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 19–26.

12

Willi Göttling, Jg. 1918, in Westberlin ansässiger arbeitsloser Chauffeur, wurde am 17.6.1953 in Ostberlin verhaftet und am folgenden Tag als »Rädelsführer« auf Anweisung des Militärrats der Gruppe sowjetischer Besatzungstruppen in Deutschland (also ohne Urteil eines Militärgerichts) erschossen. Die Erschießung war willkürlich und diente der Abschreckung; eine entsprechende Bekanntmachung des sowjetischen Militärkommandanten Ostberlins, General Pawel Dibrowa, wurde unverzüglich plakatiert. Vgl. Ahrberg, Edda; Hertle, Hans-Hermann; Hollitzer, Tobias (Hg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster 2004, S. 25–29.

13

Ethel und Julius Rosenberg wurden in einem umstrittenen Prozess in New York am 5.4.1951 wegen Spionage für die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Atomprogramm zum Tode verurteilt und am 19.6.1953 – trotz internationaler Proteste – auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet.

14

Gemeint ist die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

15

Wilhelm Pieck befand sich zu einer längeren Kur auf der Krim, seine Abwesenheit gab zu verschiedenen Gerüchten Anlass. Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 280, Fußnote 65.

16

Die Ladenpreise für Marmelade, Konfitüre, Mus und Gelee waren durch die Preisverordnung Nr. 308, Verordnung über die Handelsspannen für Marmelade, vom 11.6.1953, gesenkt worden. In: GBl. 1953, S. 807.

17

Dieser Vorgang wird auch genannt in einem im zentralen Sekretariat der Ost-CDU erarbeiteten Überblicksbericht »Analyse aus dem der Parteileitung vorliegenden Stimmungsberichten aus der Bevölkerung seit der Veröffentlichung der Beschlüsse des Ministerrats vom 11. bis 22.6.1953«. In: Wengst, Udo: Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953. In: VfZ 41 (1993) 2, S. 277–321, hier 285. Hier heißt es (bezüglich der Namensschreibung) leicht abweichend: »Gebt die Geschwister Kuhnert, Lehrer Blanck und das Ehepaar Brikmeier frei.«

18

Hierbei handelte es sich um den Mühlenbetrieb »Egermühle« in der Stadt Freital selbst.

19

Im Original »Kauta«. Gemeint ist der zur VVB Kautschuk- und Asbestindustrie (Kautas) gehörende VEB in Waltershausen bei Gotha.

20

Im Original »Oappelheim«.

21

Hier handelt es sich wahrscheinlich um einen Hörfehler. Gemeint ist wohl der Schwiegervater.